

Erhard Eppler

*Eine solidarische
Leistungsgesellschaft*

*Epochenwechsel nach der Blamage
der Marktradikalen*



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

978-3-8012-0422-8

Copyright © 2011 by

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Lektorat: Alexander Behrens

Umschlag: Jens Vogelsang

Satz: Petra Strauch

Druck und Verarbeitung: CPI, Ebner & Spiegel GmbH, Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2011

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

[INHALT]

- KAPITEL 1
7 *Die Zäsur der frühen Siebzigerjahre*
- KAPITEL 2
19 *Nach der Widerlegung des Marktradikalismus*
- KAPITEL 3
27 *Meinhard Miegel und der Wachstumsglaube*
- KAPITEL 4
35 *Wachstum – wohin?*
- KAPITEL 5
47 *Staat und Zivilgesellschaft*
- KAPITEL 6
59 *Wie viel Ungleichheit erträgt eine Gesellschaft?*
- KAPITEL 7
71 *Leistung und Erfolg*
- KAPITEL 8
79 *Öffentlich und privat*
- KAPITEL 9
87 *Menschenbild*
- KAPITEL 10
97 *Demokratie wagen*
- KAPITEL 11
107 *Solidarische Leistungsgesellschaft*
- KAPITEL 12
117 *Europa zwischen Konkurrenz und Solidarität*
- KAPITEL 13
125 *Afrika – Leistung braucht Solidarität*

[KAPITEL 11]

Solidarische Leistungsgesellschaft



I. WIE MACHT MAN AUS EINER ERFOLGSGESELLSCHAFT, die sich als Leistungsgesellschaft ausgibt, eine Leistungsgesellschaft, deren Erfolg für alle spürbar wird? Wie wird aus einer Wettbewerbsgesellschaft, in der es immer mehr Verlierer als Gewinner geben muss, eine Gesellschaft, die den Wettbewerb fördert, wo er notwendig und hilfreich ist, die aber zuerst auf Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe setzt? Wie wird aus einer Gesellschaft, in der schon Zwölfjährigen beigebracht wird, wie erstrebenswert es sei, zur Elite, nicht zum langweiligen Durchschnitt zu gehören – früher sprach man da von »Masse« –, eine Bildungsgesellschaft, in der schon Grundschul Kinder lernen, mit ihren besonderen Begabungen denen zu helfen, die an diesem Punkt schwächer sind, etwas ganz anderes aber besser können? Wie wird aus einer Gesellschaft, die realistisch genug ist, dem menschlichen Egoismus Raum zu lassen, eine solidarische, in der das Leitbild nicht der mit den kräftigsten Ellbogen, sondern mit dem feinsten Gespür für die Bedürfnisse anderer ist? Wie wird aus einer Demokratie, in der wieder »die da unten« gegen »die da oben« agitieren, eine meinungsfreudige Gesellschaft, in der klar bleibt, wer der Souverän ist? Wie schaffen wir es, Interessen und ihre Vertretung zwar für legitim und nötig zu halten, aber darauf zu bestehen, dass der Maßstab für das Richtige das gemeine Wohl ist, der öffentliche Streit also darum geht, was dieses gemeine Wohl ist und was ihm dient? Wie wird aus einer

Gesellschaft, die immer weniger menschliche Arbeit braucht, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, eine Bildungsgesellschaft und schließlich sogar so etwas wie eine Kulturgesellschaft?

Was zuerst nötig ist, dürfte fast banal, jedenfalls reichlich bieder, konservativ, für manche sogar reaktionär klingen: Wir müssen wieder anschließen an eine europäische Tradition, die immerhin gut zweitausend Jahre alt ist. Die Parole »Wenn jeder für sich selber sorgt, ist für jeden gesorgt!« hat mit dieser Tradition gebrochen. Das war neu: Weder die Konservativen noch die Liberalen bis etwa 1980 hatten dies getan, und die Sozialdemokraten waren der europäischen, im Kern christlichen Ethik immer viel näher, als ihre Gegner – und manchmal auch sie selbst – dies wahrhaben wollten. Nie hatte eine europäische Ethik, nicht die humanistische, nicht die der Aufklärung, die Frage gestellt, wie ein Mensch sich am besten, wirkungsvollsten, schlauesten gegen andere durchsetzt. Alle hatten sich auf die Frage konzentriert, wie er sich richtig, angemessen anderen Menschen zuwenden, sie als gleichwertige Individuen – oder Geschöpfe Gottes – respektieren, ihnen helfen kann. Dem, was der Apostel Paulus an die Galater geschrieben hat, hätte auch Erasmus von Rotterdam und vielleicht sogar Immanuel Kant zugestimmt: »Einer trage des anderen Last!« Paulus hat dem sogar noch etwas hinzugefügt, was in seine Theologie gar nicht hineinzupassen scheint: »So werdet Ihr das Gesetz Christi erfüllen!« Vielleicht werden sich noch im Lauf des einundzwanzigsten Jahrhunderts Historiker darüber wundern, wie wenig Widerstand die marktradikale Ideologie von den christlichen Kirchen erfahren hat, noch mehr wohl darüber, dass diese radikal unchristliche Lehre gerade von fundamentalistischen Kirchen der USA mitgetragen wurde – und bis heute wird. Es mag ja sein, dass der unablässige Appell an das Gewinnstreben des einzelnen, die permanente Furcht vor dem Absturz in die Armut, dass Wettbewerb als gesellschaftliches Prinzip dem Wirtschaftswachstum zugute kam.

Aber in einer Zeit, in der – jedenfalls in den »alten Industriestaaten« – das Wachstum abflacht, höhere Wachstumsraten vor

allem nach Schrumpfungskrisen auftreten und auch dann keinen Einfluss auf die Lebensqualität haben, reicht diese Begründung definitiv nicht mehr aus. Wenn sich dann noch herausstellt, dass die Zufriedenheit der Menschen mit ihren Lebensbedingungen sich gerade dadurch steigern lässt, dass das gemeine Wohl, das Wohl der anderen, sozialer Ausgleich und soziale Solidarität Vorrang haben vor dem – nie erlöschenden – Gewinnstreben des einzelnen, dann ist der Kurswechsel fällig.

II. Das ist keine Absage an die Leistungsgesellschaft, wohl aber an die Erfolgsgesellschaft. Keine Gesellschaft kommt ohne die Bereitschaft ihrer Mitglieder aus zu arbeiten und, wenn möglich, mit dieser Arbeit sich selbst und ihre Familie zu ernähren. Keine Gesellschaft kommt ohne die Leistung aus, die als Hilfe des einen für den anderen erbracht wird und die sich dadurch auszeichnet, dass sie nicht bezahlt wird. Sogar die Forderung, Leistung müsse sich (wieder) lohnen, ist nicht obsolet. Sie könnte einen neuen Sinn bekommen, wenn damit nicht gemeint ist, finanzieller Erfolg dürfe nicht, etwa durch Steuern, geschmälert werden, sondern dass ein gesunder Mann, eine gesunde Frau, wenn sie ihre volle Arbeitskraft zur Verfügung stellen, davon leben können müssen, und zwar samt einer Familie – vorausgesetzt, die Gemeinschaft fühlt sich mitverantwortlich für die Erziehung der Kinder. Wenn Leistung sich lohnen soll, dann dürfen junge Menschen nicht von einem Praktikum ins nächste geschoben werden. Wenn Leistung sich wieder lohnen soll, dann darf es nicht so bleiben, dass ein Konzernchef, der die feindliche Übernahme seines Konzerns durch einen stärkeren nicht verhindern konnte, dafür eine Abfindung bekommt, mit deren Zinsen man das halbe Bundeskabinett besolden könnte.

Nicht einmal das sozialpolitische Motto: »Fördern und fördern!« muss eingestampft werden. Alle, vom Milliardär bis zum Arbeitslosen, haben ihre Pflichten gegenüber dem Ganzen, ausgenommen natürlich die Schwerkranken und Altersschwachen,

für deren menschenwürdige Behandlung alle verantwortlich sind. Wer, weil er oder sie keine Arbeit findet, hat das Recht auf ein »menschenwürdiges Existenzminimum«, aber eben auch die Pflicht, eine Arbeit anzunehmen, die ihn nicht überfordert. Wo ein ausreichender gesetzlicher Mindestlohn gilt, wird diese Pflicht auch attraktiver.

Auch wo es um die Integration von Migranten geht, die aus einem anderen Kulturkreis kommen und eine den Deutschen sehr fremde Sprache sprechen, gilt in einer solidarischen Leistungsgesellschaft das »Fördern und Fordern«. Wer gleichberechtigtes Glied einer solidarischen Leistungsgesellschaft werden will, muss einiges leisten: die Sprache dieser Gesellschaft lernen, ihre Gesetze verstehen und achten und, wenn er arbeitsfähig ist, etwas tun, was dem Ganzen zugute kommt. Dabei hat er ein Anrecht auf Förderung, etwa auf bezahlbare Sprachkurse, auf soziale Sicherung.

Noch wichtiger ist allerdings Anerkennung. Menschen aller Kulturkreise und wohl auch jedes Alters – am meisten die Kinder – wollen anerkannt und ermutigt werden. Ein Kind türkischer Eltern wird sich im Kindergarten dann Mühe geben, Deutsch zu lernen, wenn es sich dort als gleichberechtigt anerkannt fühlt, wenn es Freunde und Freundinnen findet, die es auch einmal nach Hause einladen, die sich freuen, klatschen, wenn ihm etwas besonders gut gelingt. Und wenn dieses Kind dann eines Tages die Rede bei der Abiturfeier halten darf, weil niemand einen besseren Aufsatz geschrieben hat, ist die Integration schon gelungen. Weil Menschen sich nur integrieren, wo sie sich anerkannt fühlen, ist es wichtig, wenn Immigrantenkinder unter ihren Lehrerinnen und Lehrern einige finden, die so angefangen haben wie sie selbst und schon da angekommen sind, wo sie selbst hinkommen können und dann wohl auch wollen.

Wenn unter zehn Polizisten einer ist, der im Notfall auch serbokroatisch oder türkisch schimpfen kann, ist die Polizei für Migranten kein Instrument mehr, mit dem Deutsche sie Mores lehren, sondern eine Ordnungsmacht, welche die Einhaltung von

Gesetzen erzwingt, die für alle, die ganze Gesellschaft, für Einheimische und Zugewanderte, gelten.

Nicht abgedeckt durch den Grundsatz »fördern und fordern« ist es, wenn ein ordentlich bezahlter Facharbeiter in der Autoindustrie, falls er arbeitslos wird, nach einem guten Jahr schon von seinen kärglichen Ersparnissen leben muss, ehe er dann das »Arbeitslosengeld II« bekommt. Nicht abgedeckt sind damit Studiengebühren. Bildung ist ein Menschenrecht, dem jeder Staat zu dienen hat, keine käufliche Ware. Das gilt übrigens auch für die Gebühren für den Kindergarten, die in allen Bundesländern – ausgenommen das keineswegs besonders reiche Rheinland-Pfalz – erhoben werden. Wenn einmal die Kommunen angemessen finanziert sind, werden diese Gebühren verschwinden, und kein Bürgermeister wird sich gerne daran erinnern lassen.

III. »Leistungsträger« braucht eine solidarische Leistungsgesellschaft nicht, zumal keine, die erst bei einem überdurchschnittlichen Einkommen beginnen. Aber von allen gesunden Erwachsenen wird erwartet, dass sie etwas tun, wovon auch andere etwas haben, also etwas leisten. Und solche, die mehr leisten müssen als andere, etwa alleinerziehende, berufstätige Mütter oder Väter, werden dadurch unterstützt, dass sie wissen, wo sie ihre Kinder guten Gewissens unterbringen können, bis sie von der Arbeit kommen. Daher müssen Ganztagschulen Orte sein, an denen nicht nur Mathematik und Chemie gelernt wird, sondern auch, wie man beim Spielen anständig verlieren kann, was es für spannende Bücher gibt und was man tut, wenn eine Mitschülerin Kopfschmerzen hat oder ungewöhnlich traurig ist. Orte, an denen den Kleineren vorgelesen wird.

Finanzieller Erfolg wird weder verboten noch als moralischer Makel eingestuft. Aber es wird nicht mehr verdrängt, dass Jahreseinkommen, von deren Zinsen man für den Rest seines Lebens sorglos konsumieren könnte, auf Dauer den sozialen Frieden gefährden. Und wenn dies die Verantwortlichen in den Aufsichts-

räten nicht beschwert, dann muss die Einkommensteuer dafür sorgen, dass von Einkommen, die noch vor vierzig Jahren undenkbar waren, ein angemessener Teil für die öffentlichen Aufgaben abgezweigt wird.

Steuern, zumal die direkten, sind in der solidarischen Leistungsgesellschaft nicht Futter für ein gefräßiges, nimmersattes Ungeheuer namens Staat, dem man allenfalls durch Flucht oder konkurrenzlose Schlauheit entkommt, sondern der angemessene Preis für das, was wir uns als Einzelne gar nicht kaufen können: Gehwege, auf denen man sich nicht den Knöchel bricht, Straßen, auf denen die Achsen eines Autos zwanzig Jahre überstehen, Schulen, in denen Kinder sich wohl fühlen, eine Polizei, die genau weiß, was sie tun muss und was sie nicht tun darf, eine Justiz, die nicht im Verdacht steht, bestechlich zu sein, Orchester, die auch Beethoven und Schostakowitsch spielen können, und Bühnen, die sich an Sophokles und Shakespeare versuchen dürfen, dazu ein engmaschiges soziales Netz, das uns auffängt, wenn wir fallen, das dafür bürgt, dass wir, wenn wir krank sind, versorgt und oft sogar geheilt werden.

Für unsere Steuern bekommen wir manches, was nicht nur die Bürger Sao Paolos oder Johannesburgs entbehren müssen: Die Chance, auch bei Nacht ohne Furcht in einem Park spazieren zu gehen. Kurz: Was wir für unsere Steuern erhalten, prägt unser Leben nicht weniger als das, was wir uns sonst kaufen können.

Auch in einer solidarischen Leistungsgesellschaft wird niemand begeistert sein, wenn er die Abzüge auf dem Lohnzettel studiert – wobei meist die Sozialbeiträge höher sind als die Steuern. Aber wie wäre es, wenn jemand, der im Jahr einige zehntausend oder gar hunderttausend Euro zu berappen hat, statt zu jammern, ein bisschen stolz wäre? Es kann doch auch ein gutes Gefühl sein: Ich Sorge nicht nur für mich und die meinen, ich tue auch einiges für das gemeine Wohl, für andere, die nicht so viel verdienen. Ich erfülle meine Pflichten nicht nur gegenüber der Familie, sondern auch gegenüber der Gesellschaft und dem Staat, der mir meine Bildung

vermittelt hat, der mein Eigentum schützt, der dafür sorgt, dass ich meine Meinung sagen kann, ohne dass ich misstrauisch um mich blicken muss, ob ein Spitzel zuhört.

Für eine solidarische Leistungsgesellschaft ist der Staat nicht der seelenlose Apparat, den man sich vom Leibe halten muss, sondern das Kleid der Gesellschaft, das der parlamentarische Rat 1949 mit dem Grundgesetz entworfen hat, das Männer wie Konrad Adenauer und Willy Brandt, Frauen wie Hildegard Hamm-Brücher und Martha Schanzenbach geschneidert und an dem wir alle genäht haben, wenn wir zur Wahl gingen oder uns an der politischen Diskussion beteiligten.

Sicher, jede Generation wird darum bemüht sein müssen, dass dieses Kleid bequem sitzt, vor Wind und Kälte schützt und doch so leicht und sportlich ist, dass es Bewegung nicht erschwert. Vielleicht darf es sogar so hübsch sein, dass andere auch so etwas haben wollen.

Kurz: In einer solidarischen Leistungsgesellschaft ist der Staat nicht etwas Fremdes oder gar Furchterregendes, auch nicht »die da oben«. Er ist das, was wir daraus machen. Wir alle sind zuständig, und wir pochen auf diese Zuständigkeit. Aber damit sind wir auch verantwortlich. Dass die Politik sich mit uns beschäftigt, merken wir meist nur da, wo sie versagt. Ein Grund dafür, dass wir uns mit ihr beschäftigen.

IV. In einer solidarischen Leistungsgesellschaft weiß der demokratische Staat, dass er auf eine lebendige Zivilgesellschaft angewiesen ist. Wer auch immer Gemeinschaft fördert, Menschen zusammenbringt, die gemeinsam etwas schaffen wollen, wer soziale Not lindert, Randgruppen zu ihrem Recht verhilft, muss ihm willkommen sein. Das gilt für den kleinsten Verein, aber auch für gewachsene Großorganisationen wie das Diakonische Werk, die Caritas oder die Arbeiterwohlfahrt, in denen sich Erfahrung und soziale Kompetenz vieler Jahrzehnte angesammelt hat, wo aber auch immer neue Versuche und Experimente gewagt werden, von

denen auch die staatliche Sozial- oder Gesundheitspolitik lernen kann.

In einer Zeit, in der immer größere Vermögen an immer weniger Nachkommen vererbt werden, dürften gemeinnützige Stiftungen häufiger werden. Daher ist das Stiftungsrecht schon von der Regierung Schröder/Fischer reformiert worden. Wo jemand mit seinem finanziellen Erfolg etwas fördern will, was ihm wichtig und für die Gesellschaft hilfreich ist, soll er nicht mit bürokratischen Hürden, sondern mit öffentlicher Anerkennung rechnen dürfen.

Zumal da, wo erreichbare Volksbegehren zu Volksentscheiden führen können, werden sich Bürgerinitiativen bilden, deren Mitglieder und Unterstützer sich möglicherweise nur in einem Punkt einig sind: ein geschichtsträchtiges Haus zu retten, das einem Supermarkt weichen soll, eine Ortsumgehung zu verhindern oder auch zu verlangen, einen Bahnanschluss zur nächsten ICE-Station durchzusetzen, die Ausdünnung der Polizei auf dem Lande rückgängig zu machen, von der Landesregierung eine Lehrerreserve zu fordern, damit die Krankheit einer Lehrerin nicht zum Ausfall des Unterrichts führt. Solche Initiativen erzwingen eine öffentliche Diskussion, fördern das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Dabei ergeben sich, zumal im Vorfeld einer Abstimmung, Kontakte mit politischen Parteien, also mit Citoyens und Citoyennes, die nicht nur für kurze Zeit und nicht nur wegen einer einzigen Forderung zusammengefunden haben. Nicht selten führen solche Begegnungen dann zu der Einsicht, dass eine dauerhafte Bindung nicht nur Nachteile hat, sondern auch die Chance bietet, bei anderen wichtigen Themen mitzureden und Verantwortung zu übernehmen.

Wo die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger entscheiden soll, wer regiert und wie regiert werden soll, muss es immer Organisationen geben, die ein Angebot machen: Wenn du uns wählst, werden diese Leute regieren und sie werden versuchen, dieses Programm zu realisieren.

Dass, wo absolute Mehrheiten nicht erreichbar, also Koalitionen unumgänglich sind, nie genau das geschieht, was eine der

Regierungsparteien vorher angekündigt hat, muss nicht auf Charakterlosigkeit schließen lassen.

Eine solidarische Leistungsgesellschaft braucht den Wettbewerb – und gelegentlich auch die Zusammenarbeit – starker, lebendiger Parteien. Sie muss von den Parteien erwarten und verlangen, dass sie in offener, für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer Diskussion zu den Positionen finden, die sie den Wählern anbieten. Dass die eine Partei, wie im Atomstreit, ganze elf Jahre (von 1975 bis 1986) erbittert diskutiert, bis sie sich zum Ausstieg durchringt, während die andere dazu nur wenige Tage des Umdenkens an der Spitze braucht, sollte die Ausnahme bleiben.

Natürlich bestehen Parteien aus Menschen, also gibt es dort Eitelkeiten, mehr oder minder gezügelten Ehrgeiz, auch Seilschaften und Intrigen. Aber eines stimmt nicht: dass ein wacher Citoyen, eine eigenwillige Citoyenne ihre Meinung oder gar ihr Gewissen an der Garderobe abgeben müssen, wenn sie einer Partei beitreten. Zählt es gar nicht, wenn ein alter Mann nach einem guten halben Jahrhundert Mitgliedschaft bekennen muss: Meine Partei hat mir nicht mehr zugemutet als ich ihr?

In einer solidarischen Leistungsgesellschaft werden auch Parteien an ihren Leistungen gemessen, auch wenn, was für die eine Wählerin eine Leistung ist, die andere für ein Versagen halten darf. Und sie sind manchmal auch zur Solidarität verpflichtet: wo die Verfassung angetastet wird, wo eine Ideologie sich regt, die unser Land in seine tiefste Katastrophe geführt hat, aber auch da, wo es um die Menschenwürde der Schwächsten geht.

Es kann nicht schaden, wenn bei allem politischen Streit immer wieder einmal erkennbar wird, dass die demokratischen Parteien ein gemeinsames Fundament haben: Das Grundgesetz.

Vor diesen Parteien türmen sich in der kommenden Epoche Aufgaben, die entmutigen, aber auch anspornen können:

1. Die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, die Erfolgsgesellschaft zu überwinden mit dem Ziel der solidarischen Leistungsgesellschaft.

2. Die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen mit dem Ziel, unser Wirtschaften und Konsumieren durchhaltbar, nachhaltig (*sustainable*) zu machen.

Wir haben gesehen, dass die beiden Aufgaben zusammengehören, sich gegenseitig stützen. Eine solidarische Leistungsgesellschaft wird ihre – gemeinsamen – Lebensgrundlagen schützen. Und wer unsinnigen Geltungskonsum verhindern will, muss die marktradikale Erfolgsgesellschaft durch eine solidarische Leistungsgesellschaft ablösen.

Wahrscheinlich werden die Parteien dominieren, die sich dafür eignen, etwa dadurch, dass sie sich auf eine dieser Aufgaben konzentrieren und für die andere offen sind.

Das bedeutet auch, dass für marktradikale Parteien kein Platz mehr sein wird, jedenfalls nicht als gestaltende Kräfte. Und es bedeutet wohl auch, dass die immer noch stärkste deutsche Partei in sich selbst klären muss, ob und wie sie diese Aufgaben anpacken will. Dazu muss sie endlich über ihr Verhältnis zum Marktradikalismus reden und dann entscheiden.